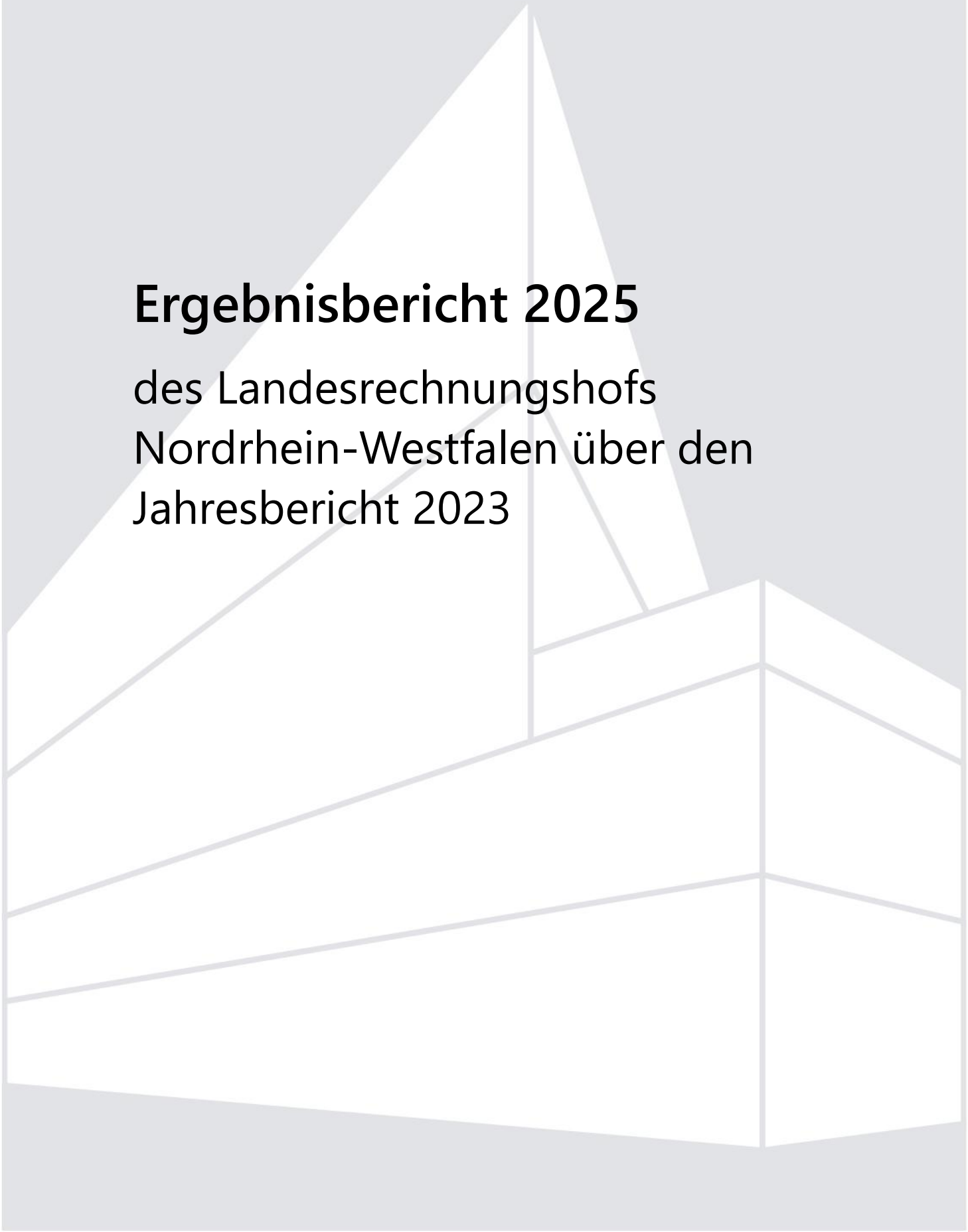
Landesrechnungshof
Nordrhein-Westfalen

Ergebnisbericht 2025

über den Jahresbericht 2023

Ergebnisbericht 2025

des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über den Jahresbericht 2023



Impressum

Herausgeberin
Die Präsidentin
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich für den Inhalt
Das Große Kollegium
des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen
(§ 8 Abs. 1 Buchstabe a) i. V. m. § 8 Abs. 2 des Gesetzes
über den Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen)

Redaktionsschluss
12.01.2026

Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen
Werdener Str. 5 | 40227 Düsseldorf
Telefon: 0211 3896-0
E-Mail: poststelle@lrh.nrw.de

lrh.nrw.de

Landesrechnungshof
Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis 5

Organisations-, System- und Verfahrensprüfungen sowie Querschnittsuntersuchungen

Die Ministerien brauchen klare, innovative und wirtschaftliche Strukturen 11
(Jahresbericht 2023, Beitrag 10)

Ohne hinreichende Vorsorge in die Krise – Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung in Krisen sicherstellen 15
(Jahresbericht 2023, Beitrag 11)

Tarifrechtsverstöße bei den Landesbetrieben 19
(Jahresbericht 2023, Beitrag 12)

Ministerium des Innern (Epl. 03)

Mehr Polizeipräsenz auf der Straße? – Der Nachweis fehlt 25
(Jahresbericht 2023, Beitrag 13)

Experimentierfreude des Ministeriums nicht belohnt 29
(Jahresbericht 2023, Beitrag 14)

Ministerium der Justiz (Epl. 04)

Notariatsunterlagen wirtschaftlicher verwahren 35
(Jahresbericht 2023, Beitrag 15)

Ministerium für Schule und Bildung (Epl. 05)

„FerienIntensivTraining“ mit Abrechnungsproblemen 41
(Jahresbericht 2023, Beitrag 16)

Ministerium für Kultur und Wissenschaft (Epl. 06)

Undurchsichtige Hochschulfinanzierung – ein Buch mit sieben Siegeln und vielen Titeln 47
(Jahresbericht 2023, Beitrag 17)

Förderung eines Forschungsverbunds – unklare Vorgaben des Ministeriums und zweckwidrige Verwendung der Mittel 49
(Jahresbericht 2023, Beitrag 18)

Leitungspersonal der Studierendenwerke – unklare Regelungen und teilweise zu hohe Vergütungen 53
(Jahresbericht 2023, Beitrag 19)

Rückforderungsansprüche des Landes noch nicht realisiert – zum Teil seit 17 Jahren 55
(Jahresbericht 2023, Beitrag 20)

Ein Museum – teilweise ohne Konzept 57
(Jahresbericht 2023, Beitrag 21)

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (Epl. 07)

Unzulässiger Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs bei Förderprogrammen 63
(Jahresbericht 2023, Beitrag 22)

Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften auf Bundesimmobilien: Land muss schneller und nachdrücklicher die Erstattung seiner Kosten vom Bund fordern 65
(Jahresbericht 2023, Beitrag 23)

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (Epl. 10)

Unterhaltung der Lippe durch den Lippeverband ohne hinreichende Aufsicht 71
(Jahresbericht 2023, Beitrag 24)

Fluggastkontrollen führen zu vermeidbaren finanziellen Belastungen des Landes 73
(Jahresbericht 2023, Beitrag 25)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Epl. 11)

Reform der Finanzierung der Betreuungsvereine 79
(Jahresbericht 2023, Beitrag 26)

Langzeitbeurlaubungen im Maßregelvollzug und forensische Nachsorge – mangelhafte Kostentransparenz 81
(Jahresbericht 2023, Beitrag 27)

Ministerium der Finanzen (Epl. 12)

Ein neues Verfahren für Bauaufträge beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen 87
(Jahresbericht 2023, Beitrag 28)

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zu einem modernen Immobilienunternehmen 91
(Jahresbericht 2023, Beitrag 29)

Mehr Tempo nötig beim Ausbau der Photovoltaik beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen 95
(Jahresbericht 2023, Beitrag 30)

Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Epl. 15)

Dürrehilfen in der Landwirtschaft – Neuausrichtung erforderlich 101
(Jahresbericht 2023, Beitrag 31)

Allgemeine Finanzverwaltung (Epl. 20)

Besteuerung von Arbeitnehmer/-innen: Fehlerhafte Berücksichtigung von Werbungskosten führt zu Steuerausfällen von circa 22 Millionen € jährlich 107
(Jahresbericht 2023, Beitrag 32)

Besteuerung außerordentlicher Einkünfte: Unzureichende Bearbeitung führt zu Steuerausfallrisiko von mindestens 13,1 Millionen € jährlich 109
(Jahresbericht 2023, Beitrag 33)

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AHK	Ausschuss für Haushaltskontrolle
BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BLB NRW	Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen
BR	Bezirksregierungen
BVF-VO	Verordnung zur Anerkennung und Finanzierung der Betreuungsvereine – Betreuungsvereinefinanzierungsverordnung
Epl.	Einzelplan
FinVO MRV	Verordnung über die Ermittlung des Personalbedarfs und die Finanzierung des Maßregelvollzugs (Finanzierungsverordnung MRV)
FM	Ministerium der Finanzen
GEKA mbH	Gesellschaft zur Entsorgung chemischer Kampfstoffe und Rüstungsaltlasten
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung für die Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen
IM	Ministerium des Innern
IPA	Integrierte Projektabwicklung
IT	Informationstechnologie
JM	Ministerium der Justiz
LAV	Landesarchiv
LRH	Landesrechnungshof
MAGS	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MKJFGFI	Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration
MKW	Ministerium für Kultur und Wissenschaft
MLV	Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz
MSB	Ministerium für Schule und Bildung
MUNV	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
MZB	Munitionszerlegebetrieb
NEM	Nettoexplosivmasse
NRW	Nordrhein-Westfalen

OLG	Oberlandesgericht
PV	Photovoltaik
PVB	Polizeivollzugsbeamtin und -beamter/Polizeivollszugsbeamtinnen und -beamte
RB	Regierungsbeschäftigte(r)
RPASt	Staatliches Rechnungsprüfungsamt für Steuern
SEP	Schlüsselfertige Errichtung mit integrierter Planung
StW	Studierendenwerke
VZÄ	Vollzeitäquivalent(e)

Organisations-, System- und Verfahrensprüfungen sowie Querschnittsuntersuchungen

Jahresbericht 2023

Die Ministerien brauchen klare, innovative und wirtschaftliche Strukturen

Beitrag 10

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Die Aufbauorganisation der Ministerien muss sich dem Wandel des Verwaltungsumfelds anpassen, um Aufgaben wirtschaftlich wahrnehmen zu können. Ein zunehmend digitalisiertes, vernetztes und komplexes Verwaltungsumfeld erfordert moderne Organisationsstrukturen. Die häufig noch anzutreffende enge und kleinteilige Abgrenzung von Aufgaben begünstigt ein unflexibles Silodenken. Um Aufgaben wirtschaftlich wahrnehmen zu können, braucht es zukunftsfähige Regeln.

Es genügen neben der Leitung schon drei weitere Beschäftigte, um ein Referat zu bilden. Diese Referatsgröße wurde mehrfach unterschritten. Gleichzeitig vermag sie die tatsächlich zur Verfügung stehende Arbeitskraft vor dem Hintergrund eines gestiegenen Anteils von Teilzeit-Beschäftigten nicht widerzuspiegeln. Daher ist es sachgerecht, die Referatsgröße in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) zu messen. Technologische Entwicklungen wie die fortschreitende Digitalisierung, der Einsatz intelligenter Unterstützungssysteme und eine deutlich stärkere kommunikative und fachlich-inhaltliche Vernetzung erlauben zudem eine moderate Anhebung der Referatsmindestgröße auf i. d. R. fünf VZÄ.

Das Ministerium der Finanzen sah in größeren Referaten den Vorteil gleichmäßiger Führungsspannen und der optimalen Verteilung von Führungsverantwortung. Darüber hinaus würden größere Referate eine bessere Kompatibilität mit wichtigen Steuerungs- und Führungsinstrumenten aufweisen. In einer gemeinsamen Stellungnahme folgten die Ministerien einer Anhebung der Referatsgröße jedoch nicht. Sie beriefen sich darauf, dass sich das gegenwärtige System bewährt habe. Ebenso wurde eine VZÄ-Zählung abgelehnt: Als Argument wurde insbesondere der Aufwand bei der Erfassung genannt. Der Landesrechnungshof (LRH) wies darauf hin, dass die benötigten Daten in den Personalabteilungen vorlägen und entsprechend kein erheblicher Mehraufwand entstünde.

Zur wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung tragen auch klare Regelungen für Stabsstellen bei. Diese existieren außerhalb der üblichen Abteilungs- und Gruppenstruktur – wann und unter welchen Bedingungen sie eingerichtet werden, ist nicht

geregelt. Stabsstellen sollten nur eingerichtet werden, wenn die Führungsinstanzen bei der Erledigung ihrer Aufgaben zwingend auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind. Zur Vermeidung von Doppelstrukturen ist ebenfalls zu regeln, wann Stabsstellen wieder aufgelöst oder deren Aufgaben in die bestehenden Strukturen überführt werden. Die geprüften Stellen sagten zu, diese Überlegung bei der Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen (GGO) zu diskutieren.

Transparenz über den wirtschaftlichen Einsatz von Personalmitteln kann über Organisationspläne geschaffen werden – sofern diese übersichtlich und erschöpfend dargestellt sind. Dazu gilt es, die Stellenanzahl je Referat ebenso auszuweisen wie Stabsstellen eindeutig zu kennzeichnen. Ansonsten sind Organisationspläne als Steuerungsinstrument weder in den Ministerien noch für die parlamentarische und externe Finanzkontrolle geeignet. Die Ministerien signalisierten, dass die Einführung von my.NRW – ein Portal zur Digitalisierung der Personalverwaltung – zu einer Harmonisierung der Organisationspläne beitragen würde. Sie sahen es nicht als Sinn und Zweck der Pläne an, Informationen über die einzelnen Stellen(-anteile) in den Referaten zu geben. Darunter leide auch die Übersichtlichkeit.

Um die Aufbauorganisation dem sich wandelnden Verwaltungsumfeld anpassen zu können, bilden Organisationsprüfungen die Ausgangsbasis. Vielfach erfolgten Prüfungen nicht systematisch oder gar nicht. Daher bedarf es eines konkreten Handlungsrahmens. Einigkeit besteht mit den Ministerien über die Notwendigkeit von Organisationsprüfungen, die Konkretisierung des Handlungsrahmens wurde in der Diskussion nur von einem Ministerium ausdrücklich begrüßt.

Insgesamt müssen die Strukturen der Ministerien flexibler und anpassungsfähiger werden, um auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können. Einige Ministerien erprobten die Weiterentwicklung in ihren Organisationen u. a. mit sog. Innovations- oder Reallaboren, andere etablierten flachere Hierarchien. In einer gemeinsamen Stellungnahme teilten die Ministerien mit, neue Methoden zu erproben und den Abbau entsprechender bürokratischer Hürden in der GGO diskutieren zu wollen.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte, dass der LRH die Aufbauorganisation der Staatskanzlei und der Ministerien geprüft hat. Dabei nahm er als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Ministerien und die Staatskanzlei von der GGO abgewichen sind, u. a. indem die Mindestgröße von Referaten nicht eingehalten wurde.

Er nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass die Landesregierung durch die geplante Einführung der Software my.NRW die Transparenz des Personaleinsatzes erhöhen wird.

Ebenfalls nahm der Ausschuss wohlwollend zu Kenntnis, dass die Ministerien das vom LRH empfohlene Vorgehen bei den Organisationsuntersuchungen bereits im Wesentlichen umsetzen und unterstützte die vom LRH angeregte weitere Standardisierung.

Der Ausschuss regte zudem an, dass die Landesregierung prüft, inwiefern eine Modernisierung der Arbeitsstrukturen und Änderungen der GGO zu einer besseren und effizienteren Erfüllung ihrer Aufgaben beitragen könnte. Inhalt dieser Prüfung sollte u. a. sein, welchen Einfluss die Größe der Referate auf eine moderne, wirtschaftliche und sparsame Verwaltung hat, ob die Anpassung der Regelung der Mindestgröße geboten erscheint, ob weitergehende Kriterien für die Einrichtung von Stabsstellen eingeführt und wie die Erprobung neuer Organisationsstrukturen ermöglicht werden sollen. Im Rahmen dieser Prüfung sollten auch die Empfehlungen des LRH berücksichtigt werden.

Weitere Entwicklung

Die Landesregierung beabsichtigt eine umfassende Überarbeitung der GGO. Im Rahmen der derzeit laufenden Novellierung sollen Anpassungsbedarfe der Struktur und Arbeitsweise identifiziert werden. Zusätzlich soll geprüft werden, inwieweit moderne Arbeitsweisen getestet und etabliert werden können und bei Bedarf die GGO angepasst werden soll. Dazu sei zunächst eine Evaluation des aktuellen Regelwerks vorzunehmen: unter Berücksichtigung der Ergebnisse der LRH-Prüfung. Der LRH begrüßt diese Entwicklungen.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Jahresbericht 2023

Ohne hinreichende Vorsorge in die Krise – Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung in Krisen sicherstellen

Beitrag 11

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Das Notfallmanagement der Landesverwaltung muss nachgeschärft werden. Denn die Landesregierung hatte kaum Vorsorge getroffen, um die Landesverwaltung auf Krisenzeiten – wie etwa die Corona-Pandemie – vorzubereiten. Dadurch war die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung zumindest zeitweise gefährdet. Auch wenn sie während der Corona-Pandemie funktionsfähig blieb, hätte eine angemessene Krisenvorsorge die Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung weiter reduzieren können. Dies zeigte sich vor allem an den nachfolgenden Punkten:

Als wichtigen Baustein der Krisenvorsorge und -bewältigung hatten die Ministerien[1] ressortübergreifende Notfallmanagement-Konzepte erstellt. Diese müssen kontinuierlich verbessert werden, um im Krisenfall direkt angewendet werden zu können. Doch die Ministerien hatten dies nicht festgelegt und die Konzepte auch nicht aktualisiert. Das Problem dabei: In einer akuten Krise enthalten veraltete Konzepte mitunter keine hinreichenden Lösungen, um adäquat auf die Krisensituation reagieren zu können. Vorsorge beschränkt sich daher nicht allein darauf, Konzepte zu erstellen – es gilt, diese „lebendig“ zu halten, indem sie kontinuierlich weiterentwickelt und damit verbessert werden.

Ferner hatten die Ministerien ihre nachgeordneten Behörden bei der Krisenvorsorge oftmals nicht hinreichend berücksichtigt. So wurden sie etwa bei ressortübergreifenden Notfallmanagement-Konzepten im Wesentlichen nicht mitbedacht – obwohl die Handlungsfähigkeit der Landesverwaltung in einer Krise vor allem von der Handlungsfähigkeit der nachgeordneten Behörden abhängt. Dementsprechend sollten die Ministerien die nachgeordneten Behörden in ihre Krisenvorsorge einbeziehen.

[1] Die Bezeichnung „Ministerien“ schließt im Folgenden die Staatskanzlei mit ein.

Der Krisenstab der Landesregierung ist ein wichtiges Instrument zur Krisenbewältigung, für den stets Ressourcen vorgehalten wurden. Er wurde seit 2010 – und damit auch während der Corona-Pandemie – nicht mehr aktiviert. Stattdessen richtete die Landesregierung mit dem Krisenkoordinationsrat Corona eine Parallelstruktur ein. Dies hielt der Landesrechnungshof (LRH) für nicht sachgerecht. Daher sollte die Landesregierung die bestehende Krisenmanagementstruktur überprüfen.

Einige Ministerien gaben an, dass die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung während der Corona-Pandemie durch die situativ ergriffenen Maßnahmen stets gewährleistet gewesen sei. Sie teilten ferner mit, dass sie das ressortübergreifende Notfallmanagement-Konzept aktualisieren würden. Mit Blick auf den Einbezug des nachgeordneten Bereichs in die Krisenvorsorge bezweifelte ein Ministerium, ob es sinnvoll sei, den Geltungsbereich ressortübergreifender Konzepte auszuweiten. Aufgrund der Heterogenität der nachgeordneten Behörden sei es schwierig, die verschiedenen Bedürfnisse über ein einheitliches Konzept abzudecken. In Bezug auf den Krisenstab der Landesregierung gab ein Ministerium an, dass die unterbliebene Aktivierung eine „lageangepasste Organisationsentscheidung“ gewesen sei.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle (AHK) begrüßte, dass der LRH zeitnah geprüft hat, wie gut die Landesregierung auf Krisen und Notfälle vorbereitet war und in solchen Fällen den Dienstbetrieb aufrechterhalten konnte.

Er nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Landesregierung durch eine verbesserte Krisenvorsorge die Gefährdung ihrer Funktionsfähigkeit weiter reduzieren könnte. Der AHK begrüßte, dass die Interministerielle Arbeitsgruppe „Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen“ im Rahmen der Überarbeitung des ressortübergreifenden Notfallmanagement-Konzepts beabsichtigte, einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu etablieren sowie den nachgeordneten Bereich konzeptionell einzubeziehen.[2]

[2] Zur Aufnahme der Empfehlungen durch die Interministerielle Arbeitsgruppe „Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen“ siehe Vorlage 18/1968, Aktualisierte Sachstandsdarstellung des LRH für die Sitzung des AHK am 12.12.2023, 29.11.2023, S. 3 f.

Er regte an, dass die Landesregierung im Falle zukünftiger Krisen jeglicher Art gründlich prüfe, ob und ggf. welche Krisenmanagementstrukturen neu geschaffen werden müssen und ob im Sinne der Wirtschaftlichkeit auf etablierte Strukturen zurückgegriffen werden könne. Der AHK erwartete, dass die Landesregierung Prüfungen des LRH auch in Krisensituationen hinreichend unterstützt.

Weitere Entwicklung

Dass die Empfehlungen zur Implementierung eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses und zum konzeptionellen Einbezug des nachgeordneten Bereichs in das ressortübergreifende Notfallmanagement-Konzept aufgenommen werden sollen, begrüßte auch der LRH und bat um Übersendung des Konzepts. Die geprüften Stellen sagten dies zu, sobald das Konzept finalisiert sei. Hinsichtlich der Überprüfung der Krisenmanagementstruktur teilten die geprüften Stellen mit, dass die Landesregierung im Juli 2025 die Einrichtung einer ressortübergreifenden Projektgruppe zum Notfall- und Krisenmanagement beschlossen habe. Sie werde ihre Arbeit im dritten Quartal 2025 aufnehmen. Dabei werde sie u. a. in den Blick nehmen, inwieweit der Krisenstab der Landesregierung auch bei der Bewältigung ressortübergreifender Not- und Krisenfälle eingebunden werden kann.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Jahresbericht 2023

Beitrag 12

Tarifrechtsverstöße bei den Landesbetrieben

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichts-beitrags

Die Landesbetriebe gewährten durch fehlerhafte Anwendung von Tarifvorschriften Leistungen zu Unrecht. Zudem konnte die Rechtmäßigkeit in zahlreichen Vorgängen wegen unzureichender Dokumentation nicht nachvollzogen werden.

Die Landesbetriebe erstellten oder änderten inzwischen die Tätigkeitsdarstellungen und -bewertungen bzw. sicherten deren Korrekturen zu.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte in seiner Sitzung am 19.03.2024, dass der Landesrechnungshof (LRH) die Personalausgaben bei sechs Landesbetrieben geprüft hat. Der Ausschuss nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass in einer nicht unerheblichen Anzahl der geprüften Personalakten die Tätigkeitsdarstellungen unvollständig oder fehlerhaft waren und darum nicht ausgeschlossen werden kann, ob die Landesbetriebe Leistungen zu Unrecht gewährt haben.

Er nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass der überwiegende Teil der Landesbetriebe die Einhaltung des Tarifrechts zusicherte und, wo notwendig, Korrekturen der Tätigkeitsdarstellungen und -bewertungen vornahm oder zusicherte.

Der Ausschuss erwartete, dass die Landesbetriebe beim Hinterlegen der Dienstpostenbewertungen zukünftig die Einhaltung der personal- und tarifrechtlichen Regelungen sicherstellen und dabei gleichzeitig aus verwaltungsökonomischer Sicht kostenbewusst handeln.

Weitere Entwicklung

Die übrigen Landesbetriebe sicherten zwischenzeitlich ebenfalls die Einhaltung der tarifrechtlichen Vorschriften zu. Die Verfahrensweise für eine vollständige und korrekte Erstellung von Tätigkeitsdarstellungen und -bewertungen legten die Landesbetriebe dar. Sie unterzogen den Prozess der Stufenzuordnung ebenfalls einer Prüfung und Überarbeitung.

Die Prüfungsverfahren wurden zwischenzeitlich abgeschlossen.

Der LRH wird die zukünftige Einhaltung der personal- und tarifrechtlichen Regelungen ggf. im Rahmen künftiger Prüfungen untersuchen.

Ministerium des Innern (Epl. 03)

Jahresbericht 2023

Beitrag 13

Mehr Polizeipräsenz auf der Straße? – Der Nachweis fehlt

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Das Ministerium des Innern (IM) hatte im Zeitraum von 2016 bis 2022 bei der Polizei 2.850 Stellen für Regierungsbeschäftigte (RB) geschaffen, um Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB) von administrativen Aufgaben zu entlasten und hierdurch „nachvollziehbar Präsenz und operative Aufgabenwahrnehmung zu stärken."[3]

Das Ministerium konnte jedoch nicht nachweisen, dass es infolge dieser Stellen bei der Polizei wirklich zur damit bezweckten Steigerung der Polizeipräsenz gekommen ist.

Zunächst hatte das IM die Zielsetzung der Maßnahme nicht ausreichend präzisiert. Auch Planung und Umsetzung waren nicht konsequent an einer Steigerung der Polizeipräsenz ausgerichtet. Grund hierfür war, dass sich die Verteilung der Stellen auf die Polizeibehörden nicht an ihrer jeweiligen Belastung durch administrative Aufgaben orientierte. Zudem fehlte ein geeignetes Berichtswesen zur Erfolgskontrolle. Daher war es dem Ministerium nicht möglich, die Wirkung der Stellen auf die Polizeipräsenz nachvollziehbar zu belegen.

Das Controlling der Maßnahme durch das IM beschränkte sich im Wesentlichen auf eine monatliche „Umfangreiche Abfrage", deren Erkenntnisschwerpunkt sich auf den Stand der Stellenbesetzungen bei den Polizeibehörden richtete. Das Berichtswesen war nicht geeignet, verlässliche Informationen über die Wirkungen der Maßnahme zu vermitteln.

Im kontradiktorischen Verfahren hatte das IM zugesagt, die „Umfangreiche Abfrage" so zu erweitern, dass eine quantitative Erfolgsmessung möglich wird.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat am 23.01.2024 als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis genommen, dass das IM keine konkreten Angaben machen konnte, wie viel Polizei infolge dieser Maßnahmen tatsächlich zusätzlich auf der Straße

[3] Ausschussprotokoll 17/45 des Innenausschusses vom 28.09.2017.

präsent ist. Der Ausschuss begrüßte, dass das IM durch die Erweiterung der „Umfangreichen Abfrage“ zukünftig Daten über die Anzahl der durch die Schaffung der zusätzlichen Stellen von administrativen Aufgaben entlasteten PVB vorlegen kann.

Der Ausschuss bat darum, über die Ergebnisse der Abfrage informiert zu werden.[4]

Weitere Entwicklung

Das IM hat zwischenzeitlich das Ergebnis einer Abfrage bei den Polizeibehörden vorgelegt. Dieses Ergebnis ist jedoch nicht plausibel:

In der übersandten Tabelle waren für jede/-n RB jeweils das Stellen-Ist sowie die jeweils gemeldete Entlastungswirkung aufgeführt. Anhand der Tabelle war nicht nachvollziehbar, welche PVB konkret und in welchem messbaren Umfang entlastet worden waren. Die Eintragungen in der Tabelle legten nahe, dass von den Polizeibehörden ganz überwiegend nach dem Schema „Copy-and-Paste“ vorgegangen wurde: Der Wert für das Stellen-Ist wurde offenbar regelmäßig in das Feld für die Entlastungswirkung kopiert. Dies verdeutlichen Tippfehler, die sich in beiden Feldern wiederfinden.

Zudem war auffällig, dass bei rd. 2.700 RB der Wert für die Entlastungswirkung genau dem Stellen-Ist entsprach. Dass eine Stellenbesetzung zu einer Entlastungswirkung in exakt derselben Höhe führt, also ein Wirkungsgrad von genau 100 % vorliegt, mag in Einzelfällen noch plausibel sein, in dieser auffälligen Regelmäßigkeit jedoch nicht mehr.

Ebenso wenig plausibel war auch, dass der angegebene Wert für die Entlastungswirkung mehrfach deutlich höher war als das Stellen-Ist. In 27 Fällen sollte eine halbe Stelle eines RB (0,5 Vollzeitäquivalent – VZÄ) nach Angaben der jeweiligen Polizeibehörde zu einer Entlastungswirkung von genau einer ganzen Stelle PVB (1,0 VZÄ) geführt haben.

Eine belastbare Ermittlung der tatsächlichen Entlastungswirkung scheint folglich nicht durchgeführt worden zu sein. Der Landesrechnungshof ist daher bei der Auffassung geblieben,

[4] Ausschussprotokoll 18/478 des Ausschusses für Haushaltskontrolle vom 23.01.2024, Anlage 3.

dass sich nicht nachweisen ließ, ob die Maßnahme zu einer messbaren Steigerung der Polizeipräsenz geführt hat.

Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

Jahresbericht 2023

Beitrag 14

Experimentierfreude des Ministeriums nicht belohnt

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Rechnungsprüfungsamt Münster die Baumaßnahme zur Modernisierung des Munitionszerlegebetriebs (MZB) Hünxe und den Neubau einer Verbrennungsanlage mit Rauchgasreinigung geprüft.

Der LRH stellte fest, dass das Ministerium des Innern (IM) bei der Bedarfsfeststellung das zu erwartende Munitionsfundaufkommen in Nordrhein-Westfalen überschätzte und keine hinreichende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Sinne des § 7 Landeshaushaltsordnung vornahm. Zudem schloss das IM mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) keine Bauherrenvereinbarung, um z. B. Kostenobergrenzen festzulegen, Haftungsfragen zu regeln oder Zuständigkeiten für die Mängel- und Gewährleistungsverfolgung zu bestimmen.

Der LRH beanstandete, dass der BLB NRW die Anlage nach ihrer Fertigstellung vom beauftragten Generalunternehmer abnahm, obwohl sie nicht störungsfrei lief. Der Betrieb der Anlage ist bis heute unter wirtschaftlichen Aspekten unbefriedigend.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat über das Thema des Jahresberichtsbeitrags am 23.04.2024 und – abschließend – am 11.06.2024 beraten.[5] Er nahm zur Kenntnis, dass die erhofften Produktivitätszuwächse bei der Vernichtung von Kampfstoffen durch die Anlage nicht erreicht werden konnten.

Er stellte weiter fest, dass innovative Konzepte nicht immer zu vollster Zufriedenheit umgesetzt werden können und begrüßte dennoch, dass Ministerien Verbesserungen durch die Weiterentwicklung von herkömmlichen Konzepten anstreben.

---

[5] Ausschussprotokolle 18/562 vom 23.04.2024 und 18/598 vom 11.06.2024.

Der Ausschuss erwartete, dass seitens des IM eine intensive Fehleranalyse angestoßen wird, um für zukünftige Projekte die notwendigen Schlüsse zu ziehen, und ihm das IM über diese Fehleranalyse berichtet.

Der Ausschuss erwartete zudem, dass das IM eine Strategie erarbeitet, wie mittel- und langfristig die Vernichtung der in Nordrhein-Westfalen aufgefundenen Kampfmittel und deren Wirtschaftlichkeit sichergestellt werden kann. Der Ausschuss regte an, verstärkt mit anderen Bundesländern zu kooperieren.

Weitere Entwicklung

Der LRH erklärte das Prüfungsverfahren zum Beitrag 14 des Jahresberichts 2023 am 26.11.2024 für abgeschlossen.

Nach Verfahrensabschluss – zum Stand 18.03.2025 – veröffentlichte das IM die „Jahresstatistik Kampfmittelbeseitigung 2024“.[6] Aus dem Bericht geht hervor, dass in Nordrhein-Westfalen 2024 insgesamt 28,68 t Nettoexplosivmasse (NEM) geräumt wurden. Im selben Jahr wurden 6,74 t NEM (23,5 %) im MZB Hünxe und 0,32 t NEM (1,13 %) bei der GEKA mbH (Gesellschaft zur Entsorgung chemischer Kampfstoffe und Rüstungsaltlasten) in Münster vernichtet. Zusätzlich wurden einzelne Kampfmittel, die nicht transportfähig waren oder ein besonderes Risiko darstellen, direkt am Fundort durch kontrollierte Sprengung unschädlich gemacht. Insgesamt wurden 2024 rd. 25 % der im selben Jahr gefundenen NEM in Hünxe oder bei der GEKA mbH vernichtet.

Zum Vergleich: 2021 lag dieser Wert bei 83 %, 2022 bei 101 % und 2023 bei 27 %. Der anhaltend niedrige Anteil seit 2023 deutet auf einen wachsenden Bestand nicht entsorgter Kampfmittel hin.

[6] **Link zur Jahresstatistik_Kampfmittelbeseitigung_2024**.

Ministerium der Justiz (Epl. 04)

Jahresbericht 2023

Beitrag 15

Notariatsunterlagen wirtschaftlicher verwahren

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte den Aufwand der Justizbehörden im Rahmen der Dienstaufsicht über Notare geprüft. Er stellte fest, dass die Übernahme und Verwahrung von Notariatsunterlagen bei den Amtsgerichten einen erheblichen personellen und sachlichen Aufwand verursachte. Insbesondere beanspruchte die Aufbewahrung räumliche Ressourcen und viele Amtsgerichte erreichten die Kapazitätsgrenze ihrer Aktenlager. Da die Notariatsunterlagen durch Feuchtigkeit und Schimmelbefall verunreinigt waren, kamen Dekontaminierungsmaßnahmen hinzu, die zusätzlich Kosten verursachten.

Neben der höheren Auslastung des zur Entlastung der Amtsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts (OLG) Hamm angemieteten Zentralarchivs in Siegen hatte der LRH weitere Maßnahmen empfohlen:

- Öffnung des Zentralarchivs Siegen für Akten der Gerichte im OLG-Bezirk Düsseldorf,
- Verkleinerung des Archivbestands landesweit durch Aussonderung und Abgabe der Notariatsunterlagen an das Landesarchiv (LAV),
- Digitalisierung von Notariatsunterlagen zugunsten einer deutlich kürzeren Aufbewahrungsfrist der Papierunterlagen.

Der LRH nahm zur Kenntnis, dass nach Auffassung des Ministeriums der Justiz (JM) die Notariatsunterlagen im OLG-Bezirk Düsseldorf bei den Amtsgerichten verbleiben sollen. Er bat um eine Bestätigung, dass eine geeignete Lagerung sichergestellt ist.

Dass das JM erste Maßnahmen zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen eingeleitet hatte, nahm der LRH positiv zur Kenntnis. Er bat, ihn über das Ergebnis der notwendigen Abstimmung mit dem LAV nach dem Archivgesetz und die erforderliche Neuregelung der Aufbewahrungsfristen zu unterrichten.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss begrüßte, dass der LRH den Aufwand der Justizbehörden im Rahmen der Dienstaufsicht über Notare geprüft hat. Der Ausschuss nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Übernahme und Verwahrung von Notariatsunterlagen bei den Amtsgerichten einen erheblichen personellen und sachlichen Aufwand verursachten.

Der Ausschuss begrüßte, dass das JM Maßnahmen zur Umsetzung der vom LRH vorgeschlagenen Maßnahmen eingeleitet hatte.

Der Ausschuss regte an, dass das JM die gesetzlichen Möglichkeiten zur Nutzung von digitalen Archiven verstärkt nutzt, um dadurch Personal- und Sachkosten zu sparen.

Weitere Entwicklung

Der LRH hat die Bestätigung des JM zur Kenntnis genommen, dass die Notariatsakten in geeigneten Lageflächen untergebracht sind bzw. dies angestrebt wird.

Zur landesweiten Verkleinerung des Archivbestands durch Aussonderung und Abgabe der Notariatsunterlagen an das LAV hat das JM auf einen Referentenentwurf für ein Gesetz zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren des Rechts der rechtsberatenden Berufe sowie zur Änderung weiterer Vorschriften des Bundesministeriums der Justiz verwiesen. Danach sei eine Anpassung der Vorschriften über die Verwahrung notarieller Unterlagen vorgesehen. Der LRH hat zur Kenntnis genommen, dass mit Blick auf die zu erwartende Gesetzesänderung das JM noch keine Änderung von Aufbewahrungsfristen vorgenommen hat.

Der LRH hat zudem die Ausführungen des JM zur Digitalisierung von Notariatsunterlagen zugunsten einer deutlich kürzeren Aufbewahrungsfrist der Papierunterlagen zur Kenntnis genommen. Danach konnte die Frage der Wirtschaftlichkeit einer Nachdigitalisierung notarieller Unterlagen noch nicht abschließend beurteilt werden. Es sei zunächst zu klären, inwieweit eine Änderung des Beurkundungsgesetzes (Aufschneiden der gebundenen Urkunden zum Scannen), wie von der Westfälischen Notarkammer für das eigene Digitalisierungsvorhaben vertreten, Einfluss auf die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nehmen könnte.

Der LRH hat das JM gebeten, ihn über die weitere Entwicklung zu unterrichten.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Ministerium für Schule und Bildung
(Epl. 05)

Jahresbericht 2023

Beitrag 16

„FerienIntensivTraining“ mit Abrechnungsproblemen

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Die Prüfung ergab, dass mehrere Zuwendungsempfangende der Fördermaßnahme „FerienIntensivTraining – FIT in Deutsch“ den in der Förderrichtlinie angegebenen Höchstbetrag zur Raumnutzung geltend gemacht hatten, ohne diese Ausgaben (vollständig) belegen zu können. Drei von fünf Bezirksregierungen (BR) akzeptierten diese Vorgehensweise, weil sie den Höchstbetrag als Pauschale ansahen.

Der Landesrechnungshof (LRH) wies das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) darauf hin, dass das Zuwendungsrecht eine Förderung grundsätzlich nur aufgrund tatsächlicher Ausgaben zulässt. Der LRH regte eine landesweit einheitliche Vorgehensweise sowie eine Klarstellung im Hinblick auf die Ausgaben für die Nutzung von Räumlichkeiten an.

Das MSB teilte die Einschätzung des LRH. Es stellte gegenüber den BR klar, dass Förderungen nur noch auf der Basis tatsächlich entstandener Ausgaben zu gewähren sind. Außerdem veranlasste es die Rückforderung der festgestellten Überzahlungen.

Im Nachgang zu dem Prüfungsverfahren passte das MSB die Formulierung in der Förderrichtlinie an, um weitere Missverständnisse zu vermeiden.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte, dass der LRH und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter Arnsberg, Detmold und Düsseldorf das Förderprogramm „FerienIntensivTraining – FIT in Deutsch“ geprüft haben. Er nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass manche BR die Förderungen teilweise in zu hoher Höhe gewährt haben, weil sie den Höchstbetrag als Pauschale verstanden hatten.

Der Ausschuss nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass das MSB gegenüber den BR klargestellt hat, dass es sich um Höchstbeträge handelt und dass Förderungen nur auf Basis der entstandenen Ausgaben zu gewähren sind und die Rückforderung der festgestellten Überzahlungen veranlasst hat.

Der Ausschuss begrüßte, dass das MSB die Förderrichtlinie angepasst hat, um weitere Missverständnisse zu vermeiden. Er regte an, zu prüfen, ob den Antragstellern die Möglichkeit eingeräumt werden kann, für mehrere FIT-Kurse innerhalb eines Jahres die Gelder in einem Antrag zu beantragen, um Kosten und personelle Ressourcen einzusparen.

Weitere Entwicklung

Das Prüfungsverfahren gegenüber dem MSB war bereits abgeschlossen.

Ministerium für Kultur und Wissenschaft (Epl. 06)

Jahresbericht 2023

Undurchsichtige Hochschulfinanzierung – ein Buch mit sieben Siegeln und vielen Titeln

Beitrag 17

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte festgestellt, dass die Hochschulen neben den Zuschüssen im Rahmen der Grundfinanzierung weitere Mittel vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) erhielten. Für mehr als 96 % dieser weiteren Mittel hatten die Haushaltspläne bestimmt, dass sie den Hochschulen „analog zu § 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Hochschulgesetz" bereitgestellt wurden. Nach diesen Vorschriften werden die Zuschüsse für den laufenden Betrieb und für Investitionen den Hochschulen vom Ministerium zugewiesen; mit der Zuweisung fallen sie in das Vermögen der jeweiligen Hochschule. Nach Ansicht des LRH war die Finanzierungsform „analog zu § 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Hochschulgesetz" neben der Grundfinanzierung und neben der Möglichkeit von Zuwendungen nicht notwendig. Zudem existierten keine übergreifenden Vorgaben zur Bewilligung und Verwendung dieser Mittel sowie für den Nachweis der Verwendung und die Erfolgskontrolle, wie sie für Zuwendungen in den Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung geregelt sind. Nach der Auffassung des LRH war so nicht durchgängig gewährleistet, dass die Mittel zweckgerecht und sparsam verwendet wurden.

Die Universitäten bekamen zudem teilweise aus unterschiedlichen Titeln Mittel für denselben Zweck. Die Vielfalt von seinerzeit 28 Titeln sollte schon aufgrund der vorhandenen Überschneidungsmöglichkeiten reduziert werden.

Das MKW hatte darauf verwiesen, dass es sich bei den Zuweisungen um ein zusätzliches Finanzierungsinstrument handele, welches seit Jahren etabliert sei und eine angemessene Herangehensweise darstelle. Die bestehende Praxis bei den Zuweisungen werde nunmehr in Form von Grundsätzen verschriftlicht. Im Haushaltsaufstellungsprozess werde die Notwendigkeit einzelner Titel regelmäßig hinterfragt und die Titelstruktur ggf. angepasst.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat begrüßt, dass der LRH die Hochschulfinanzierung durch das MKW geprüft hatte. Er hat als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis genommen,

dass der Haushaltsgesetzgeber den Hochschulen einen erheblichen Teil der Mittel außerhalb der Grundfinanzierung als Zuschüsse gewährt hatte. Der Ausschuss hat ferner zur Kenntnis genommen, dass der LRH die genannten Regelungen in den Haushaltsplänen kritisch sieht.

Der Ausschuss hat festgestellt, dass es im Ermessen des Haushaltsgesetzgebers liege, die Mittel mit den genannten Regelungen zur Verfügung zu stellen. Er hat begrüßt, dass das MKW bestrebt sei, diese Mittel möglichst unbürokratisch und zielgenau einzusetzen. Der Ausschuss hat dabei jedoch erwartet, dass das MKW wie zugesagt durch die Implementierung untergesetzlicher Regelungen Nachvollziehbarkeit im Umgang mit den Mitteln schafft, wenn eine von Grundfinanzierung oder Zuwendung abweichende Finanzierungsform regelmäßig gewählt werde.

Der Ausschuss hat schließlich begrüßt, dass das MKW Lösungen für weitere Kritikpunkte des LRH an der Haushaltsführung des Ministeriums gefunden hat und diese umsetzen will.

Weitere Entwicklung

Das MKW hat eine Handreichung zur haushaltsrechtlichen Behandlung von Zuweisungen analog zu § 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Hochschulgesetz erlassen. Der LRH hat verschiedene kritische Anmerkungen zu dieser Handreichung an das MKW gerichtet. Insbesondere hat der LRH darauf hingewiesen, dass bei den in Rede stehenden Zuweisungen eine Rückforderung möglich sein muss, wenn Mittel für die beabsichtigte Maßnahme nicht mehr verwendet werden können.

Das MKW beabsichtigt, die Handreichung nach einem Jahr zu evaluieren und eventuell notwendige Anpassungen vorzunehmen. Zudem hat es zugesichert, die Überführung der Mittel analog zu § 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Hochschulgesetz in die Grundfinanzierung ständig zu prüfen.

Der LRH hat die Zusicherung des MKW zur Kenntnis genommen. Er hat die Absicht des MKW begrüßt, die Handreichung zu evaluieren und ggf. anzupassen.

Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

Jahresbericht 2023

Förderung eines Forschungsverbunds – unklare Vorgaben des Ministeriums und zweckwidrige Verwendung der Mittel

Beitrag 18

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte mit dem Staatlichen Rechnungsprüfungsamt Detmold die Förderung eines Forschungsverbunds einer Universität und einer Fachhochschule durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) geprüft.

Er hatte beanstandet, dass das Ministerium bei der Bewilligung der Mittel für die erste Projektphase gegenüber den Hochschulen keine ausreichenden Regelungen insbesondere zur Verwendung der Mittel getroffen hatte. Zudem hatte das Ministerium bei den Bewilligungen die im Förderprogramm vorgegebene maximale Förderhöhe nicht beachtet und den von der beteiligten Universität selbst angesetzten Eigenanteil bei der Verwendungsnachweisprüfung nicht vollständig berücksichtigt. Darüber hinaus hatten die Hochschulen die bewilligten Fördermittel, insbesondere für die im Forschungsverbund eingesetzten Mitarbeitenden, teilweise nicht zweckentsprechend verwendet.

Das MKW führte im Beantwortungsverfahren aus, dass die Bewilligung für die erste Projektphase eine Zuweisung gewesen sei und daher keine zuwendungsrechtlichen Regelungen zur Mittelverwendung getroffen worden seien. Es sagte zu, in ähnlich gelagerten Fällen zur Vermeidung von Missverständnissen keine im Zuwendungsrecht gebräuchlichen Begriffe mehr zu verwenden. Die maximale Förderhöhe sei eingehalten worden und die Hochschulen hätten Eigenanteile erbringen müssen. Die Prüfung der tatsächlichen Mittelverwendung sei aufgenommen worden.

Den Einschätzungen des MKW zur Rechtsnatur der Mittelgewährungen trat der LRH im Folgenden entgegen. Aufgrund der Zusage des MKW, bei entsprechenden Zuweisungen künftig auf zuwendungsrechtliche Begrifflichkeiten zu verzichten, und wegen der Behandlung der grundsätzlichen Fragen derartiger Zuweisungen in einer anderen Prüfung (vgl. Beitrag 17 im Jahresbericht 2023) verzichtete der LRH aber darauf, diese Thematik in dieser Prüfung weiterzuverfolgen. Der LRH bat das MKW bezüglich der Begrenzung der Förderhöhe und des von der Universität selbst angegebenen Eigenanteils

um erneute Stellungnahme. Zudem bat er das MKW, das Ergebnis seiner Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel mitzuteilen.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat begrüßt, dass der LRH die Förderung eines Forschungsverbunds einer Universität und einer Fachhochschule durch das MKW geprüft hat. Als zentrales Prüfergebnis hat er zur Kenntnis genommen, dass zum Sitzungszeitpunkt nicht abschließend feststellbar war, ob der teilweise Verzicht des MKW auf den von der Universität ausgewiesenen Eigenanteil sowie die Verwendung der Mittel für Personalausgaben rechtskonform waren. Zudem hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen, dass das Ministerium bei der Gewährung von Zuweisungen Begriffe verwendet hatte, die ausschließlich im Zuwendungsrecht gebräuchlich sind. Er hat begrüßt, dass das MKW zukünftig außerhalb von Zuwendungen keine Begrifflichkeiten mehr verwenden will, die ausschließlich im Zuwendungsrecht gebräuchlich sind.

Der Ausschuss hat die Erwartung ausgedrückt, dass das MKW den Verzicht auf den von der Universität ausgewiesenen Eigenanteil sowie die mögliche zweckwidrige Verwendung der Mittel für Personalausgaben überprüft und unter Beachtung von Bürokratie- und Verhältnismäßigkeitsaspekten die notwendigen Konsequenzen aus dieser Überprüfung zieht.

Weitere Entwicklung

Das MKW hat dem LRH mitgeteilt, dass die mögliche Förderhöhe im Förderprogramm klar geregelt und beachtet worden sei. Ein Eigenanteil der Universität sei zwar erwünscht, aber nicht vorgeschrieben gewesen. Nicht verbindliche Eigenanteile müsse es nicht kontrollieren. Rückforderungen für die erste Förderphase hat das MKW abgelehnt. Der LRH hat eine Fortführung der diesbezüglichen Diskussion nicht für zweckmäßig erachtet und diese Beanstandungen nicht weiterverfolgt.

Für die zweite Förderphase hat das MKW eine erste Neufestsetzung der Zuwendungen mit Rückforderungen von rd. 48.000 € vorgenommen. Da der LRH die Ermittlung der Rückzahlungsbeträge für die zweite Förderphase nicht vollständig nachvollziehen konnte, hat er das MKW um ergänzende Stellungnahme gebeten.

Dieses hat daraufhin im September 2025 mitgeteilt, dass es sich bei weiteren offenen Feststellungen der Auffassung des LRH angeschlossen und Anhörungsverfahren zur Rückforderung entsprechender Fördermittel eingeleitet habe.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Jahresbericht 2023

Leitungspersonal der Studierendenwerke – unklare Regelungen und teilweise zu hohe Vergütungen

Beitrag 19

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Die Prüfung ergab, dass in mehreren Fällen die Geschäftsführungen von Studierendenwerken (StW) mit Zustimmung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft (MKW) rückwirkend Vergütungserhöhungen erhalten hatten. Dies hielt der Landesrechnungshof (LRH) unter Wirtschaftlichkeits- und Gleichbehandlungsgesichtspunkten für bedenklich. Ferner waren in einem Erlass zur Geschäftsführungsvergütung die Kriterien für die Gewährung einer leistungsabhängigen Zulage nicht einheitlich geregelt. Der Erlass eröffnete zudem Interpretationsspielräume hinsichtlich weiterer Vergütungsbestandteile. Der LRH regte eine Anpassung des Erlasses an.

Weiterhin kritisierte der LRH zu hohe Eingruppierungen des übrigen Leitungspersonals der StW und die Gewährung von außertariflichen Zulagen an diesen Personenkreis.

Das MKW stellte eine Änderung des Erlasses in Aussicht und teilte die Einschätzung, dass die Vergütung des übrigen Leitungspersonals nicht rechtskonform geregelt sei.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte, dass der LRH und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter Arnsberg und Köln die Vergütungen der Geschäftsführungen und des übrigen Leitungspersonals der zwölf StW untersucht haben. Er nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass manche StW rückwirkende Vergütungszahlungen an ihre Geschäftsführungen getätigt haben, die mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit nicht vereinbar sind.

Als weiteres Prüfergebnis nahm der Ausschuss zur Kenntnis, dass das Leitungspersonal der StW teilweise die für die Eingruppierung in ihre Leitungsstellen benötigten formalen Voraussetzungen nicht nachweisen konnten sowie Zulagen gewährt wurden, die nach dem geltenden Tarifvertrag nicht vorgesehen sind.

Er nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass das MKW die Geschäftsführungen der StW um Stellungnahme gebeten hat und abhängig vom Ergebnis Maßnahmen erwogen werden.

Der Ausschuss erwartete, dass die StW gemeinsam mit dem MKW die vom LRH geäußerten Vorwürfe aufklären und angemessene Maßnahmen ergreifen. Er erwartete eine zeitnahe Information über den Fortschritt der Umsetzung der angeregten Maßnahmen.

Weitere Entwicklung

Der LRH hat weiterhin grundsätzliche Zweifel an den rückwirkenden Anpassungen von Vergütungsansprüchen und ihrer Höhe. Er hat daher das MKW gebeten, – zumindest zukünftig – Abstand von derartigen rückwirkenden Vereinbarungen zu nehmen.

In einem neuen Vergütungserlass hat das MKW die Anregungen und Empfehlungen des LRH aufgegriffen.

Insoweit hat der LRH die Prüfung für erledigt erklärt.

Bezüglich der Eingruppierung und Vergütung des übrigen Leitungspersonals steht die Mitteilung des Ergebnisses einer zugesagten Überprüfung noch aus. Das MKW hat um Fristverlängerung bis Mitte Januar 2026 gebeten.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Jahresbericht 2023

Rückforderungsansprüche des Landes noch nicht realisiert – zum Teil seit 17 Jahren

Beitrag 20

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Ein Verein erhält als Rechtsträger eines Theaters seit vielen Jahren Zuwendungen des Landes, die die externe Finanzkontrolle geprüft hatte.

Schon 2006 stellte das Land daraufhin einen Rückforderungsanspruch über rd. 126.000 € fest. Die Rückerstattung steht immer noch aus.

Nach einer weiteren Prüfung 2020 stellte das Land weitere Rückforderungsansprüche über rd. 108.000 € und rd. 129.000 € fest. Lediglich rd. 108.000 € wurden an das Land rückerstattet.

Damit stehen Forderungen von rd. 255.000 € aus.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) zieht mittlerweile eine Stundung in Erwägung.

Das Land sollte zeitnah eine endgültige Entscheidung über die Modalitäten der Rückerstattungen treffen. Zudem ist zu prüfen, ob dem Verein weiterhin Zuwendungen bewilligt werden können.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte in seiner Sitzung am 19.03.2024, dass der Landesrechnungshof (LRH) und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter Münster und Arnsberg die Zuwendungen an einen Theaterverein sowie etwaige Rückforderungsansprüche geprüft haben. Der Ausschuss nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass gegenüber dem Theaterverein Forderungen des Landes im Umfang von 255.000 € bestanden, ohne dass bisher seitens des MKW endgültig über die Rückführungsmodalitäten entschieden wurde.

Er nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass das MKW die Forderung in der angegebenen Höhe für bestandskräftig erklärt hatte und zwischenzeitlich Maßnahmen zur schrittweisen Rückführung eines Teilbetrags eingeleitet hatte. Der Ausschuss nahm in diesem Zusammenhang auch zur Kenntnis,

dass eine sofortige und vollständige Rückforderung die Aufrechterhaltung des Theaterbetriebs in Frage stellen würde.

Der Ausschuss erwartete, dass das MKW die Einhaltung der getroffenen Vereinbarung, hier insbesondere die Ratenzahlung, eng begleitet und über den Fortschritt gegenüber dem LRH Auskunft gibt.

Er erwartete zudem, dass das MKW den Fortbestand des Theaters möglichst nicht gefährdet und in seinen Entscheidungen Artikel 18 Abs. 1 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen als Handlungsmaxime beachtet: „Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern."

Weitere Entwicklung

Die zuständige Bezirksregierung erließ am 13.06.2024 einen Stundungsbescheid. Hierin wurde der Anspruch für einen Zeitraum von zehn Jahren mit einer jährlichen Tilgung von rd. 25.500 € gestundet. Die Stundung erfolgte ohne Verzinsung.

Das MKW teilte dem LRH mit, dass die Rate für 2024 eingegangen sei. Neue Landesmittel sollten erst bewilligt werden dürfen, wenn die Verwendungsnachweise der Vor-Vorjahre geprüft und die Prüfvermerke dem MKW vorgelegt worden seien.

Das Prüfungsverfahren des Staatlichen Rechnungsprüfungsamts Arnsberg ist ebenso abgeschlossen wie das Anhörungsverfahren vor der Stundung des Rückforderungsanspruchs des Landes.

Jahresbericht 2023

Beitrag 21

Ein Museum – teilweise ohne Konzept

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichts-beitrags

Eine vom Land miterrichtete und geförderte Stiftung betreibt ein Museum ohne ein umfassendes Museums- und ohne ein Sammlungskonzept. Diese Konzepte sind aber notwendig, um die bereitgestellten Ressourcen für den Museumsbetrieb optimal und wirtschaftlich einzusetzen.

Bis August 2021 machte das Land der Stiftung keine Vorgaben zu Zielen und Kennzahlen. Ein Zuwendungsbescheid vom September 2021 enthielt erstmalig Aussagen zu Zielvorgaben und Kennzahlen für die Stiftung. Diese waren noch nicht ausreichend.

Die Stiftung legte ihrer Personalausstattung keine Personalbedarfsermittlung zugrunde. In mehreren Fällen widersprachen die tatsächlichen Eingruppierungen der Mitarbeitenden den Stellenbewertungen im Stellenplan.

Zudem sind die Stellenbewertungen der Stiftung insgesamt zu aktualisieren. Auf der Grundlage des aktuellen Personalbedarfs sollte die Stiftung den Stellenplan anpassen.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) hat mitgeteilt, dass sich die Stiftung bei ihrem Leitbild an den international anerkannten Standards orientiere. Diese Standards besäßen ausdrücklich nur empfehlenden Charakter. Eine verpflichtende Übernahme in das Museumskonzept sei damit nicht verbunden. Gleichwohl halte die Stiftung die Erstellung eines Sammlungskonzepts für sinnvoll.

Die Stiftung beabsichtige, nach der Festlegung strategischer Ziele und deren Umsetzung zu überprüfen, inwieweit es erforderlich sei, weitere Ziele und Kennzahlen zu definieren.

Sie setze zurzeit eine Anpassung der Personalstruktur um. Ferner habe sie seit 2021 für jede neu zu schaffende oder neu zu besetzende Stelle eine Tätigkeitsbewertung zur Genehmigung vorgelegt. Die Bewilligungsbehörde werde zudem darauf hinwirken, dass eine Anpassung des Stellenplans auf der Grundlage des aktuellen Personalbedarfs und unter Berücksichtigung aktualisierter Tätigkeitsbewertungen erfolge.

Nach Auffassung des Landesrechnungshofs (LRH) ist ein zukunftsfähiger Museumsbetrieb ohne ein möglichst umfassendes Museumskonzept – neben einem Sammlungskonzept – nur schwer zu realisieren.

Er begrüßt die Aussage des MKW, dass die Bewilligungsbehörde bei der Stiftung darauf hinwirken werde, den Stellenplan auf der Grundlage des aktuellen Personalbedarfs und unter Berücksichtigung aktualisierter Stellenbewertungen anzupassen.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte in seiner Sitzung am 19.03.2024, dass der LRH den Museumsbetrieb einer vom Land miterrichteten und geförderten Stiftung geprüft hat. Der Ausschuss nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass ein umfassendes Museums- und Sammlungskonzept fehlten und zudem Vorgaben seitens des Landes zu Zielen und Kennzahlen unzureichend ausgestaltet waren.

Der Ausschuss nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass das zuständige MKW übereinstimmt, dass konzeptionelle Grundlagen für die Arbeit des Museums wichtig seien und dass entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden. Er nahm außerdem zur Kenntnis, dass zwischen LRH und MKW unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Bindungswirkung international anerkannter Standards bestehen.

Der Ausschuss erwartete, dass seitens der Stiftung die weiteren avisierten Schritte implementiert werden, dass diese durch das MKW begleitet werden und dass perspektivisch auch eine Vereinbarung von Kennzahlen zwischen Land und Stiftung ins Auge gefasst wird.

Der Ausschuss bat das MKW und den LRH, ihn über die vom Museum zu erarbeitenden konzeptionellen Grundlagen zu informieren und diese zu bewerten.

Weitere Entwicklung

Das MKW übersandte dem LRH mit der Stellungnahme vom 03.05.2024 ein mit dem Vorstand der Stiftung abgestimmtes Sammlungskonzept. Es übermittelte zudem einige Kennzahlen.

Das MKW teilte zudem mit, dass die Genehmigung des Stellenplans 2023 mit Bewilligungsbescheid vom 05.09.2023 erfolgte. Mit der Ausschreibung der Stelle der künstlerischen Direktion sei eine spezialisierte Personalberatung beauftragt worden. Das Ministerium der Finanzen habe der Einstellung gemäß § 28 Abs. 2 Satz 3 und 4 Haushaltsgesetz zugestimmt.

Mit einer weiteren Stellungnahme vom 12.11.2024 übersandte das MKW das Museumskonzept und das aktualisierte Sammlungskonzept vom 30.06.2024. Zudem übermittelte es noch fehlende Kennzahlen.

Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration
(Epl. 07)

Jahresbericht 2023

Unzulässiger Verzicht auf Expertise des Landesrechnungshofs bei Förderprogrammen

Beitrag 22

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Zu seinen Förderprogrammen trifft das Ministerium i. d. R. landesweit gültige Regelungen, die das jeweilige Förderprogramm und seine Abwicklung konkretisieren (Fördererlasse). 2016 bis 2020 waren es insgesamt 73 Fördererlasse. Das Ministerium hatte es in 60 % aller Fälle unterlassen, den Landesrechnungshof (LRH) wie vorgeschrieben zu informieren. Damit hatte es verhindert, dass der LRH auf Schwachstellen der Fördererlasse hinweisen und so das Land vor einem möglichen Verfehlen der Förderziele bewahren konnte. Das Ministerium sagte zwar in seiner Stellungnahme zu, den LRH gemäß der geltenden Rechtslage zu beteiligen. Dies bewertete der LRH positiv und schloss das Prüfungsverfahren Mitte 2022 ab. Die Beteiligung erfolgte jedoch nach Abschluss des Prüfungsverfahrens weiterhin nicht immer rechtzeitig. Außerdem wiesen die dem LRH vorgelegten Fördererlasse häufig erhebliche und i. d. R. vermeidbare, da erkennbare, Qualitätsmängel auf.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle nahm zur Kenntnis, dass zunächst in zahlreichen Fällen auf eine Beteiligung gänzlich verzichtet wurde. Ebenso nahm er zur Kenntnis, dass im weiteren Verlauf die Vorlage an den LRH nicht in der gebotenen Qualität erfolgte. Er nahm außerdem wohlwollend zur Kenntnis, dass das Ministerium den inhaltlichen Beanstandungen durch die Implementierung qualitätssichernder Maßnahmen begegnet sei. Der Ausschuss erwartete, dass das Ministerium zukünftig die erforderlichen Beteiligungen gemäß Landeshaushaltsordnung bzw. der diesbezüglichen Verwaltungsvorschriften vornimmt und hierbei auch entsprechende Qualitätsstandards einhält, um den Verwaltungsaufwand für die prüfende Stelle zu minimieren.

Weitere Entwicklung

Das Prüfungsverfahren war bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Jahresberichts 2023 abgeschlossen.

Jahresbericht 2023

Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften auf Bundesimmobilien: Land muss schneller und nachdrücklicher die Erstattung seiner Kosten vom Bund fordern

Beitrag 23

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) stellte fest, dass das Land seit 2015 bis zum 01.03.2022 mehr als 117 Mio. € für die erstmalige Herrichtung von 25 Flüchtlingsunterkünften auf Bundesimmobilien ausgegeben hatte. Obwohl das Land sich diese Ausgaben vom Bund erstatten lassen kann, hatten die Bezirksregierungen (BR) nur für 13 der 25 Unterkünfte die Erstattung von Herrichtungskosten i. H. v. 30,1 Mio. € bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beantragt. Die Erledigung der gestellten Anträge hatten sie nicht überwacht. Auch dadurch waren dem Land erst zu vier Liegenschaften 3,2 Mio. € erstattet worden. Für weitere 12 der 25 Bundesimmobilien mit Herrichtungskosten von insgesamt 86,9 Mio. € hatten die BR keine Anträge auf Erstattung bei der BImA gestellt.

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) hatte die BR bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht im erforderlichen Umfang beaufsichtigt. Erst aufgrund der Prüfung des LRH veranlasste es, dass die BR Erstattungen zeitnah beantragen und vereinnahmen. Das MKJFGFI sagte zu, die Kostenerstattungsverfahren künftig eng zu begleiten.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte, dass der LRH die Erstattungen des Bundes für die Ausgaben des Landes zur Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften auf Bundesimmobilien geprüft hat. Er nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die BR noch nicht alle notwendigen Erstattungen beantragt hatten und die beantragten Erstattungen nicht hinreichend überwacht haben.

Der Ausschuss nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass das MKJFGFI in Aussicht gestellt hat, das Kostenerstattungsverfahren bei den BR künftig enger zu begleiten und veranlasst hat, dass die BR die Erstattungen zeitnah beantragen und vereinnahmen. Er sah der weiteren Berichterstattung zur Erfüllung dieser Zusagen entgegen.

Weitere Entwicklung

Inzwischen sind alle Anträge auf Kostenerstattungen gestellt. Das MKJFGFI unterrichtete den LRH zuletzt am 20.06.2025 über den aktuellen Stand. Demnach erstattete die BImA bislang rd. 29,1 Mio. €. Zu Erstattungsanträgen im Umfang von rd. 81,7 Mio. € stehen Entscheidungen der BImA noch aus.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (Epl. 10)

Jahresbericht 2023

Unterhaltung der Lippe durch den Lippeverband ohne hinreichende Aufsicht

Beitrag 24

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) hatte hinsichtlich der Unterhaltung der Lippe seine Aufsicht über den Lippeverband nur unzureichend wahrgenommen. Das Ministerium hatte gegenüber dem Landesrechnungshof (LRH) angekündigt, die Unterhaltung der Lippe wieder verstärkt in den Blick zu nehmen und seine Aufsichtsmaßnahmen zu optimieren. In einem ersten Schritt sollten die Ziele und Eckpunkte der Lippeunterhaltung in einem Arbeitspapier präzisiert werden.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat in seiner Sitzung am 23.04.2024 begrüßt, dass der LRH die Aufsicht des MUNV über den Lippeverband hinsichtlich der Unterhaltung der Lippe geprüft hatte. Der Ausschuss hat als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis genommen, dass der Fokus der Aufsicht des MUNV auf Maßnahmen zum Ausbau der Lippe gelegen hatte und die Aufsicht bezüglich der Unterhaltung nur unzureichend wahrgenommen worden war. Der Ausschuss hat wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass das MUNV die Verschiebung des Fokus eingeräumt und gleichzeitig angekündigt hatte, die Unterhaltung der Lippe verstärkt in den Blick zu nehmen und die Aufsicht zu optimieren. Zudem hat er begrüßt, dass in diesem Sinne Ziele und Eckpunkte der Lippeunterhaltung in einem Eckpunktepapier durch das MUNV präzisiert wurden und der Aspekt der Gewässerunterhaltung wieder im Fokus stehe.

Weitere Entwicklung

Im Schriftwechsel mit dem LRH hatte das MUNV das angekündigte Arbeitspapier mit Zielen und Eckpunkten der Aufsicht über die Lippeunterhaltung und den zugehörigen Gewässerunterhaltungsplan übersandt.

Dem Papier war zu entnehmen, dass übergeordnete Ziele und Anforderungen an die Unterhaltung der Lippe formuliert worden waren. Zudem sollten danach die Gewässerunterhaltungsplanung für die Lippe im Lippeverbandsgebiet und die geleisteten Arbeiten einmal pro Jahr dem Land (MUNV, Bezirksregierungen) vorgestellt werden.

Damit war das Ministerium dem Petitum des LRH nachgekommen.

Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

Jahresbericht 2023

Fluggastkontrollen führen zu vermeidbaren finanziellen Belastungen des Landes

Beitrag 25

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichts-beitrags

Das Land erhebt für die Durchführung der Fluggastkontrollen an den Flughäfen Dortmund, Münster/Osnabrück, Niederrhein und Paderborn/Lippstadt (Landesflughäfen) Gebühren. Diese Gebühren waren aufgrund eines bundesrechtlichen Gebührenrahmens auf maximal 10,00 €/Fluggast begrenzt. Aufgrund deutlich höherer Kosten für die Fluggastkontrollen waren daraus 2023 finanzielle Belastungen für das Land i. H. v. rd. 1,1 Mio. € zu erwarten. Darüber hinaus waren die Gebühren nicht kostendeckend kalkuliert, sodass das Land zusätzlich finanziell belastet wurde. Ferner bargen vertragliche Vereinbarungen mit einem Dienstleister der Fluggastkontrollen erhebliche finanzielle Risiken für das Land.

Der Landesrechnungshof (LRH) bat das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV), gegenüber dem Bund auf eine zeitnahe Überarbeitung des Gebührenrahmens hinzuwirken. Darüber hinaus forderte er das MUNV auf, die Gebühren für die Fluggastkontrollen künftig kostendeckend zu kalkulieren. Der LRH empfahl ferner, das finanzielle Risiko aus dem Vertrag mit dem Dienstleister detailliert zu ermitteln und zu prüfen, wie diesem Risiko begegnet werden kann.

Das MUNV reagierte auf die Feststellungen des LRH grundsätzlich positiv. Es setzte sich im Bundesrat erfolgreich für eine Anpassung des Gebührenrahmens ein. Darüber hinaus berücksichtigte es bei der Gebührenkalkulation weitere Kosten. Zur einvernehmlichen Anpassung des risikobehafteten Vertrags trat das MUNV in Verhandlungen mit dem Dienstleister.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle des Landtags hat die Prüfung des LRH zur Erhebung der Gebühren für die Durchführung der Fluggastkontrollen begrüßt. Er hat wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass das MUNV sich in Verhandlungen im Bundesrat erfolgreich für eine Anhebung des Gebührenrahmens eingesetzt hat. Er hat darüber hinaus die Überarbeitung der für die Kalkulation der Luftsicherheitsgebühren maßgebenden Verfahrensanleitung begrüßt. Ferner hat er die

Bemühungen des MUNV begrüßt, im Hinblick auf den risikobehafteten Vertrag eine Übertragung des Fluggastkontrolldienstes auf den Flughafen zu erreichen.

Der Ausschuss hat seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass das MUNV durch angemessene Maßnahmen sicherstellt, dass durch die Durchführung der Fluggastkontrollen keine Kosten für das Land entstehen.

Weitere Entwicklung

Noch 2024 kam es aus der Begrenzung der Gebühr auf 10,00 €/Fluggast zu finanziellen Belastungen für das Land i. H. v. rd. 1 Mio. €. Seit dem 01.01.2025 liegt die Obergrenze für Fluggastkontrollen bei 15,00 €/Fluggast. Damit ist davon auszugehen, dass an allen Landesflughäfen künftig Luftsicherheitsgebühren erhoben werden können, die die Kosten decken.

Die Berücksichtigung zusätzlicher Kostenbestandteile bei der Gebührenkalkulation, wie sie vom LRH gefordert wurde, umfasste allein 2024 rd. 0,8 Mio. €.

In Verhandlungen mit dem Dienstleister hat das MUNV sich intensiv um eine Verbesserung der Vertragssituation zum Vorteil des Landes bemüht. Dies hat der LRH ausdrücklich anerkannt.

Das Prüfungsverfahren ist abgeschlossen.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
(Epl. 11)

Jahresbericht 2023

Beitrag 26

Reform der Finanzierung der Betreuungsvereine

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichts-beitrags

Die Förderung der Arbeit der Betreuungsvereine erfolgte bis einschließlich 2022 durch Zuwendungen auf Grundlage von Förderrichtlinien. Diese waren mehrfach geändert und die jährlichen Zuwendungen von 2015 bis 2020 von 1,4 Mio. € auf 5 Mio. € erhöht worden. Nach den Feststellungen des Landesrechnungshofs (LRH) war dies erfolgt, ohne dass Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Erfolgskontrollen durchgeführt worden waren.

Das Betreuungsrecht wurde zum 01.01.2023 reformiert. Daher beschränkte der LRH seine Empfehlungen auf die künftige Finanzierung der Betreuungsvereine: Anerkannte Betreuungsvereine haben nun einen gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung mit öffentlichen Mitteln. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) hat die Modalitäten hierfür in der Verordnung zur Anerkennung und Finanzierung der Betreuungsvereine – Betreuungsvereinefinanzierungsverordnung (BVF-VO) – festgelegt. Dabei hat es die Hinweise des LRH zur Vereinfachung des Finanzierungsverfahrens weitgehend berücksichtigt. Zudem hat es Mittel von 10,5 Mio. € jährlich bereitgestellt.

Im Zusammenhang mit der Änderung der Rechtslage forderte der LRH, die bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Betreuungsvereine möglichst zeitnah durch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu ermitteln und später durch Erfolgskontrollen anhand definierter Ziele, Indikatoren und Kennzahlen regelmäßig zu überprüfen. Außerdem sollte der Finanzierungsbedarf von Betreuungsvereinen in Abstimmung mit den übrigen Bundesländern definiert werden.

Das MAGS sagte zu, im ersten Quartal 2023 eine umfassende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in Auftrag zu geben. Darin sollten u. a. durchschnittliche Finanzierungsbedarfe ermittelt sowie Ziele definiert und für die Zielerreichung geeignete Indikatoren und Kennzahlen bestimmt werden. Es teilte ferner mit, federführend eine Länderabstimmung über die Finanzierung der Betreuungsvereine eingeleitet zu haben.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte, dass der LRH die Finanzierung der Arbeit der Betreuungsvereine geprüft hat. Er nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Rahmen der früheren Regelungen nicht ausreichend beachtet wurden, im Zuge der Reform des Betreuungsrechts zum 01.01.2023 die hierzu durch das MAGS festgelegten Modalitäten jedoch die Hinweise des LRH weitgehend berücksichtigen. Der Ausschuss nahm die festgestellte Aufnahme von Hinweisen zur Vereinfachung des Finanzierungsverfahrens seitens des MAGS im Rahmen der BVF-VO wohlwollend zur Kenntnis. Der Ausschuss begrüßte, dass seitens des MAGS gegenüber dem LRH auch die Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sowie ein Länderaustausch in Aussicht gestellt wurden. Er sah der weiteren Berichterstattung zur Erfüllung dieser Zusagen entgegen.

Weitere Entwicklung

Das MAGS teilte dem LRH zuletzt am 23.12.2024 mit, dass das Vergabeverfahren für die geplante Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eingeleitet worden sei. Die Vertragslaufzeit sei bis zum 30.11.2025 vorgesehen.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Jahresbericht 2023

Langzeitbeurlaubungen im Maßregelvollzug und forensische Nachsorge – mangelhafte Kostentransparenz

Beitrag 27

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Die Prüfung des Landesrechnungshofs (LRH) hatte ergeben, dass keine Maßregelvollzugseinrichtung die Kosten der Patientinnen und Patienten im Langzeiturlaub vollständig verursachungsgerecht erfasste. Eine hierauf bezogene Kostenkontrolle war somit weder den Einrichtungen noch deren Trägern oder dem Land möglich. Auch für den Bereich der forensischen Nachsorge fand keine vollständig verursachungsgerechte Kostenerfassung statt. Die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) vorgenommenen Erhöhungen des für die forensische Nachsorge vom Land gezahlten Tagessatzes beruhten daher weder auf einer vorherigen Kostenermittlung noch auf einer belastbaren Kostenschätzung.

Der LRH sprach sich dafür aus, die Kosten für den Bereich des Langzeiturlaubs getrennt von den Kosten für den stationären Bereich zu erfassen. Auch für die forensische Nachsorge hielt er eine Abgrenzung der zugehörigen Kosten für erforderlich. Ferner wies er das MAGS auf Probleme der Einrichtungen bei der Unterbringung von Patientinnen und Patienten im Langzeiturlaub hin.

Das MAGS erklärte, die Trennung der beiden vorgenannten Bereiche des Maßregelvollzugs und die damit verbundene Schaffung einer Transparenz in den Kostenstrukturen sei erklärtes Ziel bei der beabsichtigten Novellierung der für die Finanzierung des Maßregelvollzugs geltenden Rechtsverordnung (FinVO MRV). Hierzu sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, das u. a. die Kostenstrukturen auswerten, einen Vorschlag zur Novellierung der FinVO MRV unterbreiten und die Möglichkeit der Einbindung anderer Kostenträger (wie gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung und Eingliederungshilfe) prüfen solle. Zur forensischen Nachsorge teilte das MAGS mit, die Erhöhungen des gezahlten Tagessatzes seien u. a. aufgrund eines Vergleichs mit Tagessätzen anderer Bundesländer erfolgt. Die Bemessung der Kosten der forensischen Nachsorge sei Bestandteil des beauftragten Gutachtens.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat begrüßt, dass der LRH die Abrechnung für Maßnahmen des Langzeiturlaubs und der forensischen Nachsorge für psychisch kranke Straftäter und Straftäterinnen untersucht hat. Er hat als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis genommen, dass es keine ordnungsgemäße Kostentransparenz bei der Abrechnung der anfallenden Kosten gab.

Der Ausschuss hat wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass das MAGS ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um die Kostenstrukturen auszuwerten. Er hat begrüßt, dass es die FinVO MRV überarbeiten will. Ferner hat er begrüßt, dass es plant, sich mit den Krankenkassen über eine mögliche Beteiligung an den anfallenden Kosten auszutauschen. Er hat seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass das MAGS im Rahmen der Novellierung der FinVO MRV die Empfehlungen des LRH berücksichtigen wird.

Weitere Entwicklung

Der LRH hat das MAGS um Mitteilung der konkreten, für die neue Finanzierungsverordnung vorgesehenen Regelungen bzw. um Übersendung des Entwurfs der neuen Finanzierungsverordnung gebeten. Hierzu hat das MAGS im Juli 2025 geantwortet, die Abstimmung des Entwurfs der neuen Finanzierungsverordnung innerhalb der Landesregierung sei noch nicht erfolgt. Daher werde um Verständnis gebeten, dass der aktuelle Entwurf erst im Anschluss an dieses Abstimmungsverfahren zur Verfügung gestellt werden könne.

Das Prüfungsverfahren dauert an.

Ministerium der Finanzen (Epl. 12)

Jahresbericht 2023

Ein neues Verfahren für Bauaufträge beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen

Beitrag 28

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte in Kooperation mit den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern Arnsberg und Köln in den Jahren 2021 sowie 2022 ein neues Verfahren beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) für die Planung und Durchführung von Baumaßnahmen geprüft. Dabei hat er das Vergabeverfahren „Schlüsselfertige Errichtung mit integrierter Planung“ (SEP) am Beispiel der Baumaßnahme Hochschulbaukonsolidierungsprogramm Universität Siegen untersucht.

Er hatte festgestellt, dass der BLB NRW für die gesamthafte Vergabe der Planungs- und Bauleistungen keinen Wettbewerb herstellen konnte. Der LRH hat den BLB NRW aufgefordert, bei zukünftigen Vergaben auf einen ausreichenden Wettbewerb zu achten. Einen weiteren Schwachpunkt im Projekt erkannte der LRH in der unzureichenden Qualitätskontrolle und dem mangelhaften Inbetriebnahmemanagement. Der LRH sah darüber hinaus die Notwendigkeit, im Vorfeld jeder Baumaßnahme eine Vereinbarung über die Klärung des Konfliktmanagements im Verlauf des Bauprozesses zu treffen. Positiv bewertete der LRH die Einhaltung des gesetzten Kostenrahmens.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat über das Thema des Jahresberichtsbeitrags am 11.06.2024 abschließend beraten.[7] Er begrüßte, dass der LRH gemeinsam mit den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern Arnsberg und Köln ein neues Verfahren für die Auftragsvergabe des BLB NRW für die Planung und Durchführung von Baumaßnahmen geprüft hat. Der Ausschuss nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass der BLB NRW bei Ausschreibungsverfahren in der Vergangenheit nicht immer einen ausreichenden Wettbewerb sicherstellen konnte. Der Ausschuss nahm auch zur Kenntnis, dass der BLB NRW durch die Einrichtung der Stabsstelle „Markt und Innovation“ den Wettbewerb in zukünftigen Vergabeverfahren

[7] Ausschussprotokoll 18/598 vom 11.06.2024.

stärken möchte. Darüber hinaus hat der Ausschuss wohlwollend begrüßt, dass der BLB NRW den gesetzten Kostenrahmen für die Planung und Durchführung der Baumaßnahme eingehalten hat.

Weitere Entwicklung

Im weiteren Schriftwechsel erläuterte der BLB NRW gegenüber dem LRH seine Bestrebungen, um einen ausreichenden Wettbewerb beim neuen Verfahren zur Auftragsvergabe sicherzustellen. So sei seit Januar 2023 im Zentralbereich Einkauf und Vertragsmanagement damit begonnen worden, die Stabsstelle „Markt und Innovation" aufzubauen. Ziel dieser Stabsstelle sei es, das Interesse des Marktes an den Ausschreibungen des BLB NRW zu erhöhen und so einen ausreichenden Wettbewerb herzustellen.

Zudem hat der BLB NRW in seiner Stellungnahme dem LRH erläutert, dass bei dem Bauprojekt die Mängelbeseitigung und die Abnahme mittlerweile durchgeführt worden seien.

Der BLB NRW stellte in seiner Stellungnahme auch in Aussicht, dass die Übernahme der sog. Streitbeilegungsordnung aus dem Bundesbau für den Landesbau geprüft werde.

In seiner Stellungnahme teilte der BLB NRW weiter mit, dass aktuell im Rahmen der Modernisierung des Hauptgebäudes der Universität Bielefeld das Projekt „Integrierte Projektabwicklung (IPA)" durch den BLB NRW erprobt werde. Diese Projektabwicklung stelle als sog. Mehrparteienvertrag eine Weiterentwicklung des geprüften SEP-Verfahrens dar.

Mit Schreiben vom 02.02.2024 hat der LRH das Prüfungsverfahren abgeschlossen. Dabei hat er sich vorbehalten, im Rahmen anderer Prüfungsverfahren auf die Erfahrungen der neuen Stabsstelle „Markt und Innovation" zurückzukommen.

Darüber hinaus empfahl der LRH dem BLB NRW, zum Ende der Gewährleistungsfrist eine Ortsbegehung zur Feststellung möglicher Mängel durchzuführen.

Der LRH nahm die Ausführungen des BLB NRW zur Evaluation des SEP-Projekts zur Kenntnis und erwartete zu gegebener Zeit die Zusendung des angekündigten Evaluationsberichts. Der BLB NRW sandte dem LRH daraufhin mit E-Mail vom 29.07.2024 den Evaluationsbericht zu.

Der LRH beabsichtigt, sich zu einem späteren Zeitpunkt mit dem neuen Projekt IPA im Rahmen einer eigenen Prüfung zu beschäftigen.

Jahresbericht 2023

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zu einem modernen Immobilienunternehmen

Beitrag 29

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hat gemeinsam mit dem Staatlichen Rechnungsprüfungsamt Köln ausgewählte Aspekte der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) geprüft.

Im Ergebnis hat er insbesondere die **Personalbedarfsermittlung** des BLB NRW kritisiert. Dem LRH konnte der BLB NRW keine ausreichenden Steuerungskennzahlen zur Personalbedarfsermittlung vorlegen.

Zudem wurde im Bereich der **Unternehmensfinanzierung** des BLB NRW Optimierungsbedarf festgestellt. Hierzu hat der LRH Vorschläge zur Optimierung der Unternehmensfinanzierung u. a. im Hinblick auf Darlehensrückzahlungen, Tilgungszeiträume und die Beachtung der aktuellen Zinsentwicklung gemacht.

Weiterhin hat er das althergebrachte Prinzip der **Selbstversicherung** des Landes für den Immobilienbestand des BLB NRW in Frage gestellt und um Prüfung der Wirtschaftlichkeit gebeten. Konkret forderte er den BLB NRW auf, zu untersuchen, ob eine Versicherung der BLB-Immobilien wirtschaftlich wäre.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat über das Thema des Jahresberichtsbeitrags am 11.06.2024 abschließend beraten.[8] Er begrüßte, dass der LRH und das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Köln ausgewählte Aspekte der Haushalts- und Wirtschaftsführung des BLB NRW geprüft haben. Der Ausschuss nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass der BLB NRW Schwachstellen bei der Personalbedarfsermittlung aufwies. Der Ausschuss nahm ebenfalls zur Kenntnis, dass der BLB NRW die Steuerungskennzahlen zur Personalbedarfsermittlung optimieren wird. Darüber hinaus erwartete der Ausschuss, dass der BLB NRW die Angemessenheit seiner Eigen-

[8] Ausschussprotokoll 18/598.

leistungsquote überprüft. Der Ausschuss begrüßte die durchgeführte Prüfung der potenziellen Bedarfe für diverse betriebliche Versicherungen und die angekündigten und durchgeführten Verbesserungen in der Unternehmensfinanzierung, deren strategische Ausrichtung weiter zu optimieren sei.

Weitere Entwicklung

Im weiteren Schriftverkehr stimmte der BLB NRW der Forderung nach eindeutig definierten Kennzahlen zur Personalbedarfsbemessung sowohl für die Zentrale des BLB NRW als auch für die Niederlassungen zu. Hierzu habe der Geschäftsbereich Personal mit dem Fachbereich Controlling ein Projekt zur Validierung der bereits eingesetzten Steuerungskennzahlen angestoßen.

Weiter berichtete der BLB NRW zum Kritikpunkt der Unternehmensfinanzierung, dass er zwischenzeitlich ein Team „Treasury" aufgestellt hat, um die Finanzierungsgeschäfte des BLB NRW einheitlich zu steuern. Der LRH nahm die personelle und organisatorische Änderung zur Kenntnis. Er erkennt indes weiterhin Optimierungsbedarf bei der strategischen Ausrichtung der Unternehmensfinanzierung. Er sieht den BLB NRW nach wie vor in der Pflicht, aktiv das Zinsrisiko durch alle ihm zur Verfügung stehenden Instrumentarien zu prüfen, bevor er neue Kredite aufnimmt. Auch eine mögliche Doppelabsicherung gegen Inflationsrisiken sieht der LRH weiterhin kritisch. Er hat dem BLB NRW Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, um seine Kosten zu senken und wird die Entwicklung weiter beobachten.

Anlässlich der Prüfung des LRH beauftragte der BLB NRW eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, den potenziellen Bedarf für diverse betriebliche Versicherungen, u. a. Gebäudeversicherungen, zu untersuchen. Demnach sei ein Abschluss von Gebäudeversicherungen zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorteilhaft und daher auch nicht vorgesehen. Die Erkenntnisse des externen Gutachtens und die Empfehlungen des LRH nehme der BLB NRW jedoch als Basis, um seine aktuellen und zukünftigen Handlungsbedarfe zu erkennen und ggf. notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Der LRH hat den BLB NRW gebeten, seinen Versicherungsschutz auch in der Zukunft in regelmäßigen Abständen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu untersuchen.

Mit Schreiben vom 31.01.2024 hat der LRH das Prüfungsverfahren abgeschlossen. Dabei behält er sich vor, verschiedene Themen der Haushalts- und Wirtschaftsführung des BLB NRW in regelmäßigen Abständen zu prüfen.

Jahresbericht 2023

Mehr Tempo nötig beim Ausbau der Photovoltaik beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen

Beitrag 30

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in Kooperation mit den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern Arnsberg und Köln den Ausbau der Photovoltaik (PV) beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) geprüft.

Der LRH hat festgestellt, dass das Anfangstempo zum Ausbau der PV zu gering war. Der BLB NRW hatte das Ausbaupotenzial nicht selbst ermittelt und hatte sich an einem Mindestwert orientiert. Es hatte an einer Zielanpassung gefehlt, um das vorgegebene Ausbaupotenzial bis 2030 zu erreichen.

Die Zentrale des BLB NRW hatte den Ausbau der PV in seinen Niederlassungen strategisch nicht sachgerecht gesteuert. Auf niederlassungsübergreifende Probleme hatte sie dabei nicht angemessen schnell reagieren können.

Das Controlling des Ausbaus durch die Zentrale des BLB NRW war mängelbehaftet. Daneben war auch das Monitoring der installierten Anlagen unzureichend. Weder Schäden an den PV-Anlagen noch Ertragsdaten wurden automatisch und digital gemeldet.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat in zwei Sitzungen über das Thema des Jahresberichtsbeitrags beraten.[9] Der Ausschuss hat begrüßt, dass der LRH und die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter Arnsberg und Köln den Ausbau der PV beim BLB NRW geprüft haben. Als zentrales Prüfergebnis hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen, dass das Anfangstempo beim PV-Ausbau zu gering war und der BLB NRW das Ausbaupotenzial nicht selbst ermittelt hat.

Weiterhin hat der Ausschuss zur Kenntnis genommen, dass der BLB NRW verschiedene Maßnahmen ergriffen hat, um das Tempo des PV-Ausbaus zu beschleunigen.

---

[9] Ausschussprotokolle 18/562 vom 23.04.2024 und 18/598 vom 11.06.2024.

Der Ausschuss hat die angekündigten und durchgeführten Verbesserungen beim PV-Ausbau des BLB NRW begrüßt und hat unterstrichen, dass dieser zur Erreichung einer Klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 eine Schlüsselrolle einnimmt.

Weitere Entwicklung

Mit Schreiben vom 13.03.2024 hatte der LRH das Prüfungsverfahren für abgeschlossen erklärt, also vor den Beratungen im Ausschuss für Haushaltskontrolle.

Es bleibt abzuwarten, ob die vom BLB NRW ergriffenen Maßnahmen zur Beschleunigung des PV-Ausbaus und damit zum Erreichen einer Klimaneutralen Landesverwaltung ausreichen.

Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Epl. 15)

Jahresbericht 2023

Dürrehilfen in der Landwirtschaft – Neuausrichtung erforderlich

Beitrag 31

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte die in Form von Billigkeitsleistungen und Zuwendungen gewährten Dürrehilfen des Landes an die von der Dürre 2018 betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmen geprüft.

Aus Sicht des LRH hatte die Auszahlung der Dürrehilfen angesichts der seinerzeit akuten Existenzgefährdungen zu lange gedauert. Im Interesse der betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmen hatte er für künftige Verfahren eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands angemahnt.

Er hatte das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MLV) zudem darauf hingewiesen, dass staatliche Ad-hoc-Hilfen grundsätzlich nicht geeignet erscheinen, das Risikomanagement eines landwirtschaftlichen Unternehmens zu fördern und dauerhaft zu stärken.

Das MLV hatte die Beanstandungen des LRH teilweise akzeptiert. Es hatte eine Änderung des Risikomanagements in der Landwirtschaft befürwortet und einen Wegfall staatlicher Ad-hoc-Hilfen in Aussicht gestellt.

Vor diesem Hintergrund hatte der LRH von einer weiteren Erörterung seiner Prüfungsfeststellungen abgesehen und das Prüfungsverfahren für abgeschlossen erklärt.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle hat in seiner Sitzung am 23.04.2024 begrüßt, dass der LRH die Hilfen des Landes für die von der Dürre in 2018 betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmen geprüft hatte.

Der Ausschuss hat zudem zur Kenntnis genommen, dass die Auszahlung seinerzeit angesichts der Existenzgefährdung der Unternehmen zu lange gedauert hatte und der LRH daher für zukünftige Verfahren eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands angemahnt hatte. Des Weiteren hat er zur Kenntnis genommen, dass der LRH die Geeignetheit von Ad-hoc-Hilfen zur Stärkung des Risikomanagements landwirtschaftlicher Unternehmen bezweifelt hatte.

Der Ausschuss hat wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass das MLV die Beanstandungen teilweise akzeptiert hatte. Er hat zudem seine Erwartung geäußert, dass das Ministerium die Hinweise des LRH einbeziehen wird, falls zukünftig Ad-hoc-Hilfen wieder in Erwägung gezogen werden sollten.

Weitere Entwicklung

Das Prüfungsverfahren war abgeschlossen.

Allgemeine Finanzverwaltung (Epl. 20)

Jahresbericht 2023

Besteuerung von Arbeitnehmer/-innen: Fehlerhafte Berücksichtigung von Werbungskosten führt zu Steuerausfällen von circa 22 Millionen € jährlich

Beitrag 32

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte in sechs Finanzämtern die Bearbeitung von Einkommensteuerfällen mit Werbungskosten von mehr als 5.000 € im Veranlagungszeitraum 2018 geprüft. Dabei stellte er fest, dass die Bearbeitung von nahezu jeder dritten Einkommensteuererklärung (rd. 32 %) fehlerhaft war.

Neben einer unzutreffenden rechtlichen Würdigung wurde in vielen Fällen die unterlassene oder unzureichende Prüfung einzelner Sachverhalte bemängelt. Eine wesentliche Fehlerquelle bestand darin, dass die Finanzämter oftmals nicht aufklärten, ob Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Reise- und Fortbildungsaufwand steuerfreie Arbeitgeberleistungen erhalten haben, die den Werbungskostenabzug insoweit ausschließen. Neben einer Sensibilisierung der Bediensteten für die vollständige Bearbeitung von Prüfhinweisen empfahl der LRH dem Ministerium der Finanzen (FM) daher, sich für eine umfassende (gesetzliche) Übermittlungspflicht von arbeitgeberseitigen Erstattungsbeträgen einzusetzen.

Das FM befürwortete die Empfehlungen des LRH und hat mit deren Umsetzung in weiten Teilen begonnen.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte, dass der LRH die Bearbeitung von Werbungskosten in Einkommensteuererklärungen geprüft hat. Als zentrales Prüfergebnis nahm er zur Kenntnis, dass die Bearbeitung von beinahe einem Drittel der Einkommensteuererklärungen fehlerhaft war.

Er begrüßte ferner, dass das FM die konkreten Empfehlungen zur Verbesserung der Bearbeitungsqualität des LRH umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen hat.

Der Ausschuss stellte fest, dass die korrekte Bearbeitung von Steuererklärungen im Interesse der Allgemeinheit ist und Steuerausfälle durch fehlerhafte Bearbeitungen möglichst vermieden werden müssen. Er stellte zudem fest, dass die Finanzämter unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften der Abgabenordnung ihr Personal strategisch klug in den

Bereichen einsetzen müssen, bei dem sie das größte Betrugspotenzial vermuten und den größten Nutzen erzielen können.

Weitere Entwicklung

Der LRH hatte das Prüfungsverfahren bereits mit Entscheidung vom 03.05.2023 für abgeschlossen erklärt.

Jahresbericht 2023

Besteuerung außerordentlicher Einkünfte: Unzureichende Bearbeitung führt zu Steuerausfallrisiko von mindestens 13,1 Millionen € jährlich

Beitrag 33

Wesentlicher Inhalt des Jahresberichtsbeitrags

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt für Steuern (RPASt) hatte in 20 Finanzämtern die Bearbeitung von Einkommensteuerfällen mit außerordentlichen Einkünften für die Veranlagungszeiträume 2014 bis 2019 (Prüfungszeitraum) geprüft. Dabei stellte es fest, dass bei über einem Fünftel der 2.078 zugrunde gelegten Sachverhalte die Bearbeitung fehlerhaft war.

Eine wesentliche Fehlerursache bestand darin, dass die Bediensteten der Finanzämter Angaben aus einer elektronischen Datenübersicht ohne rechtliche Prüfung übernommen hatten.

Der Landesrechnungshof (LRH) empfahl dem Ministerium der Finanzen (FM) deshalb neben der Sensibilisierung der Bediensteten und der Erstellung praxistauglicher Arbeitshilfen auch eine Anpassung der IT-Datenübersichten.

Das FM befürwortete die Empfehlungen des LRH und hat mit deren Umsetzung in weiten Teilen begonnen.

Parlamentarische Beratung

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßte, dass der LRH und das RPASt die Besteuerung außerordentlicher Einkünfte geprüft haben. Er nahm als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass die Bearbeitung von mehr als einem Fünftel der Fälle fehlerhaft war.

Der Ausschuss begrüßte ferner, dass das FM die konkreten Empfehlungen des LRH zur Verbesserung der Bearbeitungsqualität umgesetzt oder mit der Umsetzung begonnen hat.

Er stellte fest, dass die korrekte Bearbeitung von Steuererklärungen im Interesse der Allgemeinheit ist und Steuerausfälle durch fehlerhafte Bearbeitungen möglichst vermieden werden müssen. Zudem stellte er fest, dass die Finanzämter unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften der Abgabenordnung ihr Personal strategisch klug in den Bereichen einsetzen müssen, bei dem sie das größte Betrugspotenzial vermuten und den größten Nutzen erzielen können.

Weitere Entwicklung

Der LRH hatte das Prüfungsverfahren bereits mit Entscheidung vom 31.01.2023 für abgeschlossen erklärt.